

Nassauischer Anzeiger.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Bezugspreis: bei sämtlichen Postanstalten jährlich Mk. 1.95. Bei freier Bestellung im Haus tritt die Postgebühr hinzu. Erscheint 3mal wöchentlich Dienstags, Donnerstags, Samstags. Redakteur: Paul Jerschke in Biebrich.

Nassauisches Tagblatt. — Nassauische Zeitung. — Nassauischer Generalanzeiger. — Nassauische neueste Nachrichten.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Ämtliches Verkündigungsblatt für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Erscheint auch unter dem Titel: Hochheimer Stadlanzeiger, ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biebrich und Hochheim und die Landgemeinden Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Deffenheim, Diedenbergen, Dohheim, Eddersheim, Erbenheim, Glörsheim, Frankenstein, Georgenborn, Hefloch, Igstadt, Kloppenheim, Massenheim, Niedenbach, Nauort, Nordenstadt, Rimbach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau, Weibach, Wicker, Wildschaden.

M 73.

Donnerstag, den 26. Juni 1919

Postfachkonto
Frankfurt (Main) Nr. 10116.

19. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Nr. 417.
In dem Gehöft des Philipp Volk IV. zu Wicker ist die Rotte am 20. Juni 1919.

Der Landrat.
J. B. Schmitt.

Nr. L. 1658/1708.

Nr. 418.
An die Herren Standesbeamten der sämtlichen Standesämter.
Im Anschlusse an meine Verfügung vom 29. Dezember 1914 II. 8177 — Kreisblatt Nr. 154/911 vom 1914 — bringe ich die zum 1. Juli ds. Js. zu bewirkende Einrichtung der in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni ds. Js. ausgefertigten Urkunden der vorgenannten Eheschließungen von Angehörigen ausländischer Väter in Erinnerung.
Geben bis zum Termin keine Urkunden ein, dann nehme ich an, daß solche nicht vorhanden sind.
Wiesbaden, den 21. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. B. Schmitt.

Nr. II. 3674.

Nr. 419.
In dem Gehöft des Metzgermeisters Maier zu Bierstadt ist ein Pferd die Räude am 24. Juni 1919.

Der Landrat.
J. B. Schmitt.

Nr. L. 1733.

Nr. 420.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, den 29. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet in Erbenheim im Gasthaus „Zum Schwanen“ die Frühjahrsversammlung des 13. Landwirtschaftlichen Bezirksvereins, verbunden mit einer Versammlung des Vereins der Milchproduzierenden Landwirte von Wiesbaden und Umgebung, sowie des Herdbuchvereins für schwarzbunte Niederungsziege für den Landkreis Wiesbaden und Umgebung, statt.

Tagesordnung des 13. Landwirtschaftlichen Bezirksvereins: 1. Geschäftsliche Mitteilungen, Eingänge und Erstattung des Jahresberichts. 2. Abgabe der Jahresrechnung und Bericht der Rechnungsprüfungskommission. 3. Wahl der Vertreter für die Hauptversammlung des Vereins Nassauischer Land- und Forstwirte. 4. Entwürfe und Wünsche der Mitglieder.

Tagesordnung des Herdbuchvereins für schwarzbunte Niederungsziege für den Landkreis Wiesbaden und Umgebung: 1. Bericht über die bisherige Tätigkeit des Herdbuchvereins. 2. Vortrag des Herrn Winterhildt über die Bedeutung der Herdbuchführung für die Hebung der Viehzucht. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Kommission und des Herdbuchleiters. 4. Befestigung der Satzungen und des Jahresbeitrages. 5. Verschiedenes.

Tagesordnung der Vereinigung der Milchproduzierenden Landwirte von Wiesbaden und Umgebung: 1. Jahresbericht und Jahresrechnung. 2. Bericht der Rechnungsprüfungskommission. 3. Entlassung des Vorstandes und des Kassiers. 4. Neuwahl des Vorstandes (1. und 2. Vorsitzender und Schriftführer), sowie Befestigung der Satzungen und deren Stellvertreter. 5. Wahl der Vertreter zu den Sitzungen des Süddeutschen Milchproduzentenverbandes und deren Stellvertreter. 6. Befestigung des Mitgliedsbeitrages pro 1919. 7. Besprechung der derzeitigen Milchpreise. 8. Verschiedenes.

Die Mitglieder des 13. Landwirtschaftlichen Bezirksvereins, sowie alle Landwirte, Viehzüchter und Freunde der Landwirtschaft werden zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen und um recht zahlreiche Beteiligung ersucht.

Biebrich, den 23. Juni 1919.
Der Vorsitzende des 13. Landwirtschaftlichen Bezirksvereins.
Vollmer.

Wird veröffentlicht.
Die Herren Bürgermeister werden ersucht, vorstehendes in Ortsblätter bekannt zu machen und auf eine recht zahlreiche Teilnahme hinzuwirken.

Wiesbaden, den 23. Juni 1919.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. B. Schmitt.

Bekanntmachung.

Der Metzger und Viehhändler Julius Leon in Bierstadt beabsichtigt auf seinem Grundstück an der Rathausstraße Nr. 19 in Bierstadt, bezeichnet im Grundbuch unter Kart. 52, Pars. 60/5 u. 64/7 nach Maßgabe der eingereichten Beschreibungen und Zeichnungen eine

Schlächtere

einrichtung.
Dieses Unternehmen bringe ich hiermit gemäß § 17 der Reichs-gesetzordnung mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis, mögliche Einwendungen gegen dasselbe binnen 14 Tagen bei mir schriftlich in 2 Exemplaren oder zu Protokoll anzubringen.

Die Frist beginnt mit dem Wochentage, welcher auf den Tag folgt, an dem die diese Bekanntmachung enthaltende Nummer des Amtsblattes ausgegeben wird.

Nach Ablauf der Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die auf das Unternehmen bezüglichen Beschreibungen und Zeichnungen liegen an den Wochentagen während der Vormittagsstunden von 9—12 Uhr in Zimmer 23 des Landratsamtes zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der gegen das obenbezeichnete

Unternehmen etwa rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird hierdurch Termin auf

Montag, den 14. Juli ds. Js.,
vormittags 10 Uhr

in Zimmer 23 des Landratsamtes anberaumt.
Im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder derjenigen, die Einwendungen erhoben haben, wird gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden.
Wiesbaden, den 21. Juni 1919.

Gef. Nr. I. B. 149/7.

Der Landrat.
J. B. Schmitt.

Nichtamtlicher Teil.

Die Antwort der Alliierten.

Am Weimar, 23. Juni. Die Antwort der alliierten und assoziierten Mächte an den Präsidenten der deutschen Friedensdelegation hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Delegation vom heutigen Datum geprüft und sind im Hinblick auf die kurze Zeit, die übrig bleibt, der Meinung, daß es ihre Pflicht ist, sofort eine unverzügliche Antwort zu geben. Von der Frist, innerhalb deren die deutsche Regierung ihre endgültige Entscheidung über die Unterzeichnung des Vertrages treffen muß, bleiben weniger als 24 Stunden. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben mit der größten Aufmerksamkeit alle Vorschläge der deutschen Regierung hinsichtlich des Vertrages geprüft. Sie haben darauf mit einer vollständigen Einmütigkeit geantwortet und die Zugeständnisse gemacht, die ihnen richtig zu sein schienen. Die letzte Note der deutschen Delegation enthält keine Argumente und keine Bemerkungen, die nicht bereits Gegenstand der Prüfung gewesen wären. Die alliierten und assoziierten Mächte halten sich daher für verpflichtet zu erklären, daß die Zeit der Verhandlungen vorbei ist. Sie können keine Modifikationen oder Vorbehalte annehmen oder anerkennen und sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine Erklärung zu fordern über ihren Willen, den Vertrag in seiner endgültigen Form zu unterzeichnen und im ganzen Umfang anzunehmen oder die Unterzeichnung und Annahme zu verweigern. Nach der Unterzeichnung werden die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Ausführung des Vertrages in allen seinen Bestimmungen verantwortlich machen. Empfangen Sie Herr Präsident den Ausdruck meiner Hochachtung (ges.) Clemenceau.

Bedingungslose Unterzeichnung.

Am Versailles, 23. Juni. Heute nachmittags 4 Uhr 40 hat der deutsche Gesandte v. Hanlet dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau die Note zustellen lassen, in der die deutsche Regierung sich bereit erklärt, die Bedingungen der Alliierten und assoziierten Regierungen bedingungslos anzunehmen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, den 23. Juni 1919.

Am Regierungssitz: Ministerpräsident Bauer, die Minister David, Bissell, Müller, Erzberger, Sell, Schiele, Schmidt, Giesberts, Maier sowie auch General Maerker und zahlreiche Vertreter der Einzelstaaten.

Präsident Fehrenbach eröffnet mit fast einstündiger Verspätung die Sitzung kurz vor 3 Uhr mit der Bemerkung: Es haben sich seit der letzten Sitzung Ereignisse vollzogen, die eine abermalige Besprechung der Friedensfrage notwendig machen. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, will ich als ersten Gegenstand nochmals die Beratung der Friedensfrage auf die Tagesordnung setzen. (Das Haus ist einverstanden.)

Präsident des Reichsministeriums Bauer führt unter anderem aus: Meine Damen und Herren! Im Namen der Reichsregierung habe ich folgende Mitteilung zu machen: Die Mehrheit der Nationalversammlung hat in der letzten Sitzung die Ausführungen gutgeheißen, mit denen die Stellung der Reichsregierung zum Friedensvertrag dargelegt wurde. Entsprechend diesem Votum und der darin ausgedrückten Bevollmächtigung haben wir gestern nachmittag in Versailles eine Note überreichen lassen, die diese unsere Stellung mit Bewahrung und Vorbehalten darstellt, die wir folgendermaßen betonen: Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk schuldig am Kriege sei und ohne die Verpflichtung nach Artikel 227 des Vertrags zu übernehmen. Darauf ist uns gestern am späten Abend folgende Antwort zugegangen: (hier verlas der Ministerpräsident die bereits veröffentlichte Antwort des Verbandes.) Damit ist die Lage in zwölfter Stunde von Grund aus verändert, und damit stehen wir unerbittlich vor der ungeheuren Frage: Ablehnen oder bedingungslos Unterzeichnen! Die Reichsregierung hat Ihnen gestern die bedingte Unterzeichnung vorgeschlagen und dafür die Zustimmung Ihrer Mehrheit gefunden. Sie hat geglaubt, jeden letzten Versuch machen zu müssen, um etwas wenigstens von all den Beulen zu retten, die unsere Gegner in diesem Kampf für die Menschheit erstreben wollten. Sie hat die Abtrennung deutscher Gebiete und die wirtschaftlichen und finanziellen Lasten anerkannt, obwohl sie jede Arbeit für das deutsche Volk und sein Wohlergehen auf Jahrzehnte hinaus unmöglich machen. Aber eins wollte sie ihrem Volk ersparen: ein unwahres Schuldbekenntnis und die Auslieferung von Volksgenossen. All das sind aber heute nur noch theoretische Betrachtungen. Der Verband hat unsere Vorbehalte abgelehnt. Es soll uns nichts, gar nichts erspart bleiben. Unsere Hoffnung, mit einem einzigen Vorbehalt zur Ertüchtigung unsere Gegner umzustimmen, war nicht groß, aber wenn sie auch noch geringer gewesen wäre, der Versuch mußte gemacht werden. Jetzt, wo er mißlungen, muß die

ganze Welt sehen: hier wird ein besiegtes Volk an Leib und Seele gekränkt, wie kein Volk je zuvor. Kein Protest heute mehr, kein Sturm der Empörung, alles weitere muß den Eindruck abschwächen, der sich heute der Welt bietet, die zum Teil mit verhöhlenem oder unverhöhlenem Entsetzen auf diesen Vorgang blickt. Unterzeichnen wir, das ist der Vorschlag, den ich Ihnen namens des ganzen Kabinetts mache: bedingungslos zu unterzeichnen. Ich will nichts hinzufügen. Die Gründe sind dieselben wie gestern. Nur trennt uns jetzt nur noch eine Frist von knapp vier Stunden von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Aber wehrlos ist nicht edlos. Daß es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zu Grunde geht, das ist unsere Hoffnung bis zum letzten Atemzug. Ich darf wohl annehmen, daß auch nach diesen Vorgängen die Regierung ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Abg. Schiffer (Dem.): Die Erklärung des Ministerpräsidenten, die wir bezüglich der Ermächtigung nicht beanstanden wollen, gibt mir Anlaß zu der Feststellung, daß durch sie unsere Stellungnahme in der Sache selbst, wie ich sie gestern hier dargelegt habe, unberührt bleibt. Im übrigen habe ich zu erklären, daß bei meinen politischen Freunden kein Zweifel in die vaterländische Gesinnung und Ueberzeugung auch derjenigen gesetzt wird, die gestern mit Ja gestimmt haben. (Bravo!)

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Im Namen der Deutschen Nationalen Volkspartei habe ich folgendes zu erklären: Die Deutsche Nationalen Volkspartei steht nach wie vor auf dem Standpunkt der unbedingten Ablehnung des vorliegenden Friedensentwurfs (Bravo! rechts) und erhebt unter Festhaltung an diesem grundsätzlichen Standpunkt Widerspruch gegen dessen Unterzeichnung; (Bravo! rechts.) Sie setzt als selbstverständlich voraus, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt.

Abg. Heinze (D. Sp.): Auf die Ausführungen des Ministerpräsidenten habe ich namens der Deutschen Volkspartei nur zu erklären, daß wir unsererseits den Friedensvertrag nach wie vor ablehnen. Selbstverständlich erkennen wir an, daß auch die Begne unserer Ansicht nur aus vaterländischen Gründen handeln. (Bravo!)

Präsident Fehrenbach: Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat festgestellt, daß auch nach den von ihm geschilderten Vorgängen die Regierung nach seiner Auffassung ermächtigt bleiben soll, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Ein Widerspruch gegen diese Auffassung ist nicht erfolgt. (Widerspruch und Juchz rechts: Doch!) Es wurde dann von der Deutschen Nationalen Volkspartei nur Widerspruch gegen die Unterzeichnung erhoben, nicht gegen die Auffassung des Ministerpräsidenten, daß nach wie vor die Regierung ermächtigt bleiben soll, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Das ist ein Unterschied. Wenn die Deutsche Nationalen Volkspartei den Unterschied nicht gelten lassen will, so bitte ich, das zu erklären.

Schulz-Bromberg (Dn.): Wir sind gestern, wie auch erklärt worden ist, über die Frage, wie die Resolution oder die Billigung der Unterzeichnung aufzufassen sei, im Zweifel gewesen, weil ihr Wortlaut im Widerspruch steht mit den Erklärungen des Ministerpräsidenten und mit den Erklärungen des Abgeordneten Erber. Wir haben auf eine Klarstellung gedrängt, die gestern leider nicht erfolgte. Wir sind heute nach wie vor der Ansicht, daß gestern nur eine unter Beschränkung erteilte Ermächtigung zur Unterzeichnung gegeben worden ist. An diesem Standpunkt haben wir fest, und deshalb protestieren wir gegen die Unterzeichnung.

Präsident Fehrenbach: Meine Frage ist durch diese Ausführungen nicht bejaht worden, aber ich nehme an, es wird Widerspruch erhoben und eine nochmalige Abstimmung verlangt. Ausgedrückt ist das aber nicht. Das möchte ich feststellen. Dann würde also die Frage zur Abstimmung zu bringen sein.

Schulz-Bromberg (Dn.): Ich beantrage die namentliche Abstimmung. (Große Unruhe links und im Zentrum. Zurufe: Unerhört!)

Präsident Fehrenbach: Ich habe bereits hervorgehoben, daß wir abstimmen. Wir sind in der Abstimmung, und da können keine Anträge mehr zur Abstimmung gestellt werden, auch wenn die Deutsche Nationalen Volkspartei die Verantwortung auf sich nehmen wollte, die Sache hinauszuzögern und namentliche Abstimmung zu verlangen.

Schiffer (Dem.): Ich bitte ausdrücklich festzustellen, wofür abgestimmt werden soll.

Präsident Fehrenbach: Ueber die Auffassung der Regierung, daß sie nach wie vor ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Nur darüber wird abgestimmt.

In einfacher Abstimmung erklärt darauf das Haus gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen Volkspartei und eines Teiles des Zentrums und der Demokraten die Auffassung der Regierung für zutreffend.

Präsident Fehrenbach: Damit ist vorläufig die Angelegenheit erledigt. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß von den verschiedensten Seiten des Hauses anerkannt wurde, daß alle Teile des Hauses, ob ja oder nein, nur von vaterländischen Gründen sich bei der Abstimmung leiten ließen, getragen von schweren Gewissensbedenken und von den ernstesten Auffassungen über die Lage unseres Vaterlandes. (Allseitige Zustimmung.) Ich möchte wünschen, daß der Geist, der sich in dem allergrößten Teil der Nationalversammlung soeben kundgegeben hat, auch hinausgehen möge in unser Volk. (Beifall.) Das wäre nun doch das allerhöchste und das größte Verbrechen, daß wir nach den Vorgängen alter Jahrzehnte, die nun glücklich hinter uns liegen, uns in Schwärmungen und Verdächtigungen gegen die vaterländische Gesinnung unserer Mitbürger ergeben wollten. (Sehr richtig!) Ich würde das in dieser schwersten Stunde des deutschen Volkes als größtes Verbrechen bezeichnen, das von innen heraus an ihm begangen werden könnte. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß man draußen in der gesamten Bevölkerung und namentlich in der Presse dafür ein Verständnis hat und gestimmt ist, namentlich einträchtig zusammen all die großen Kräfte auf sich zu nehmen, die uns bevorstehen. Alle getragen von dem heiligen Willen vaterländischer Liebe. Im übrigen empfehle ich mir unser unglückliches Vaterland dem Schutz des barmherzigen Gottes. (Beifall.) Es ist beabsichtigt, von den Parteien eine gemeinsame Kundgebung an die Truppen zu erlassen, die aber erst noch redigiert werden soll. Die Sitzung wird daher auf eine Stunde unterbrochen. Es soll dann der Rest der Tagesordnung erledigt werden. Schluß 3¼ Uhr.

Um 4¼ Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Präsident Fehrenbach: Die Parteiführer haben sich auf folgenden Wortlaut des

Appells an das deutsche Volk

geenigt: In der Stunde tiefsten Vaterlandsliebes dankt die deutsche Nationalversammlung der deutschen Wehrmacht für die opfervolle Verteidigung des Heimatlandes. (Beifall.) Ungeheurer und niederdrückender Ansehensverlust steht der trotz des heldenmütigen Widerstandes unserer Truppen und ausdauernden Kämpfers an alle Teile des Volkes, besonders schwere aber an das Ehrgefühl unserer Soldaten. (Beifall und Zustimmung.) Das deutsche Volk erwartet zuversichtlich, daß Heer und Marine, Offiziere und Mannschaften getreu ihrer großen Vergangenheit, in dieser schweren Zeit ein Beispiel der Selbsterleugnung und der Aufopferung geben und Hand in Hand mit den anderen Volksgenossen an der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes arbeiten werden. Sie wird gelingen, wenn alle ihre vaterländische Pflicht erfüllen. (Beifall.)

Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Appell an das deutsche Volk einverstanden ist. (Beifall und Zustimmung.) Auch die Unabhängigen hatten keinen Widerspruch erhoben.

Der Präsident teilt dann weiter mit, daß der Vorkriegsausschuß im Einvernehmen mit der Reichsregierung vorschlägt, einen Vertrag der Nationalversammlung für die Reichsbetriebe einzulegen, in dem die Sozialdemokraten zwei Mitglieder und alle übrigen Fraktionen je ein Mitglied entsenden sollen.

Es folgt der Rotelet, der wegen nicht rechtzeitiger Fertigstellung des Hauptplans 6 Milliarden Mark bis zum 1. Oktober zur Verfügung stellt.

Geher (U. S. G.): Innerpolitisch steht die neue Regierung auf dem Boden der Regierung Scheidemann. Wir haben die Regierung Scheidemann bekämpft und lagen daher auch der jetzigen Regierung den Kampf an.

U. S. G. (D. S.): Größte Sparfahigkeit ist am Platze. Im alten kaiserlichen Deutschland wurde viel sorgfältiger Haus gehalten. Wir beantragen, daß nur 5 Milliarden bewilligt werden.

Dr. Braun-Münsterberg (S. G.): Dem Wunsch der Sparfahigkeit schließen wir uns an. Aber auf das kaiserliche Deutschland sollte man sich zum Beweis von Sparfahigkeit nicht beziehen. (Sehr richtig! links.)

Gotthelf (D. S.): Wer diesen Etat ablehnt, lehnt auch die 400 Millionen für Feuerungsanlagen ab. Beamte und Lohnangehörige ab. (Lachen bei den Unabhängigen.) Das Volk sollte nicht nur an Rechte, sondern auch an seine Pflichten denken und wieder an die Arbeit gehen. (Zustimmung.)

Schürer (Z. S.): Der Antrag Mumm ist rein willkürlich. Wir lehnen ihn ab. Auch wir bitten die Arbeiterschaft, endlich wieder zur Arbeit zurückzukehren. Nur dann können wir über diese schlimme Zeit hinwegkommen. (Sehr richtig!)

Dr. Kieffer (D. S.): Gar keine Debatte wäre uns lieber gewesen. Unser Volk muß Einigkeit, Disziplin und Ordnung wahren und endlich wieder arbeiten. Das wirtschaftliche kaiserliche Deutschland war doch ein anderes als das heutige Deutschland. Jetzt muß aller Luxus aufhören.

Der Antrag wird abgelehnt und der Rotelet gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt. Die Vorlage über den Eintritt Bayerns und Badens in die Völkervereinigung wird angenommen. Nächste Sitzung Dienstag.

Tages-Rundschau.

M. Berlin, 23. Juni. Der bisherige Reichsminister des Äußeren Graf Brodorski-Rankau legte die Gründe seiner Demission in einem Schreiben an den Reichspräsidenten dar, das wie folgt lautet: „Belmar, 20. Juni. Hochwachtbarer Herr Reichspräsident! Als ich die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands übernahm, habe ich es als meine Aufgabe bezogen, dem deutschen Reich die Freiheit zu erhalten und dem deutschen Volk einen erträglichen Frieden zu verschaffen. Ich habe an die Übernahme des Amtes gewisse Bedingungen geknüpft, die von mir redlich nach Kräften gehalten wurden.“

Die auswärtige Politik, die ich geführt habe, konnte sich nur auf geistige Waffen stützen. Deutschland war durch seine militärische Niederlage, seine politische Revolution und durch die wirtschaftliche Bedrängnis des Vorkriegsstandes als materieller Nachbatter ausgerechnet. Trotzdem glaube ich sagen zu dürfen, daß es mir möglich gewesen ist, seinen politischen Kredit im Ausland zu heben. Ich schreibe diesen Erfolg dem Umstand zu, daß ich die Linie, auf der ich die auswärtige Politik des Reiches anlegte, in keinem Augenblick verlassen habe. Mit vollem Bewußtsein dieser Tragweite habe ich für den kommenden Frieden gewisse Mindestforderungen in so scharfer Form aufgestellt, daß ich sie nicht fallen lassen kann, ohne mich als erst zu nehmender Politiker selbst auszuscheiden. Diese Mindestforderungen beziehen sich namentlich auf die territorialen Fragen, auf die Abhebung der ungerechten Beschuldigungen unseres Volkes und auf die Behauptung unserer sozialen und wirtschaftlichen Freiheit. Wichtigste habe ich mich in diesen Tagen vor der Öffentlichkeit festgelegt und dem Feinde gegenüber gebunden, denn sie sollen wissen, daß ihrem Siegerübermut in dem festen Willen eine Grenze gesetzt war. Ich bin von Versailles zurückgekehrt in der größtmöglichen Hoffnung, mit meiner Politik zu einem Erfolg zu kommen, wenn das deutsche Volk hinter mir stand und bereit war, den schweren Gefahren, mit denen es die Feinde zu bedrohen und einzuschüchtern verstanden und die ich keineswegs verkenne, auf sich zu nehmen. Die Verhandlungen in Belmar haben mich überzeugt, daß die Gründe der inneren Politik es für die Regierung unmöglich erscheinen ließen, den Einsatz zu wagen, ohne den ich mein Ziel nicht gewinnen konnte, und es war, davon bis ich überzeugt, kein leichtfertiges va banque-Spiel. Ich lehnte das Vertrauen in mich selbst und habe trotz alledem das Vertrauen zu dem deutschen Volke nicht verloren. Das deutsche Volk ist jetzt in der Welt der Vorkämpfer der demokratischen Ideen. Es handelt sich um eine Weltmission, die es berufen ist zu erfüllen, die es aber nur erfüllen kann, wenn es sich selbst nicht aufgibt. Eine klare und unabweisende Vertretung einer Politik demokratischer Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit ist künftig die Lebensaufgabe des deutschen Volkes. Dies und die unerlöste Kampfanlage gegen den Kapitalismus und Imperialismus, dessen Dokument der Friedensvertrag der Gegner ist, sichern ihm eine große Zukunft. In der Gegenwart freilich muß ich vor der Tür umkehren. So ist es für mich unmöglich geworden, die auswärtige Politik Deutschlands weiter zu führen. Ich will durchaus nicht behaupten, daß ein Reichsbeamter das Recht hätte, seine Mitarbeit zu verweigern, wenn der Rang der Umstände Entschlüsse der Regierung herbeiführen, die er für sich für unrichtig hält. Es kommt nicht darauf an, ob mir persönlich die Führung einer Politik, die auf Annahme der feindlichen Friedensbedingungen hinausgeht, aufzuzwingen ist, erträglich erscheint oder nicht. Ich würde es aber für einen schweren politischen Fehler und für die auswärtige Politik des Reiches als verhängnisvoll betrachten, wenn ich jetzt im Amt bliebe. Für jeden anderen deutschen Minister ist eine Schwächung in der Haltung gegenüber den Friedensbedingungen, auch dem Ausland gegenüber, möglich und geduldet, wenn die inneren Verhältnisse dies gebieterisch verlangen. Der Minister des Auswärtigen, der diesen Zwang mitmacht, nachdem er dies öffentlich für sich abgelehnt hat, gefährdet aber die Würde und den Kredit des Reiches. Sobald sich seine Politik als undurchführbar herausstellt, muß er vor dem Ausland verschwinden. Wenn Deutschland jetzt die Friedensbedingungen des Feindes annimmt, so ist der politische Erfolg, den dieses ungeheure Opfer eintragen soll, die Verhütung unserer äußeren Lage und die Entspannung der Haß- und Rachegedühle, die Zurückziehung feindlicher Truppen und die Einbringung wirklicher Friedensverhandlungen. Dieser Vorteil würde gefährdet, vielleicht gar preisgegeben, wenn die neuen Beziehungen von demselben Mann angeknüpft werden müßten, der die Bedingungen des Gegners so scharf verweigert hat wie ich.

Ich bedaure tief, der Regierung und namentlich Ihnen, hochwachtbarer Herr Reichspräsident, durch meine Weigerung Schwierigkeiten zu bereiten, aber ich halte mich in meinem Gewissen als verantwortlicher Leiter der deutschen auswärtigen Politik für gebunden, an meiner Bitte um Enthebung von meinem Amt festzuhalten.

gez. Brodorski-Rankau.

Deutschlands Kohlenlieferungen.

Paris. Nach verschiedenen Stellen des Friedensvertrages, die in der Presse nicht vollständig oder nur unverständlich wiedergegeben sind, wird noch folgendes bekannt:

Im Anfang des Kapitels über Elsaß-Lothringen sind genau die Bedingungen bekannt gegeben, unter welchen die Einwohner der französischen Nationalität erwerben können. Artikel 67 bestimmt die Schließung des Hafens von Rehl auf die Dauer von 7 Jahren. Der Artikel, der den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland

An die deutschen Zeitungsleser!

Das deutsche Zeitungsgewerbe hat in den letzten Monaten weiter die schwersten Belastungen erfahren. Zu der Erhöhung der Buchdruckerlöhne, der Angestelltengehälter u. s. f. sind weitere sehr wesentliche Verteuerungen der Materialien getreten. Unter solchen Verhältnissen kann die deutsche Presse ihre Aufgaben fernerhin nur dann erfüllen, wenn ein auch nur teilweise Ausgleich für die verteuerten Herstellungskosten gefunden wird. Nach eingehenden Beratungen ist der Vorstand zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine allgemeine weitere Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise zu diesem Zwecke nicht zu umgehen ist.

Magdeburg, 16. Juni 1919.

Der Vorstand des Vereins
Deutscher Zeitungs-Verleger E. V.

unterlag, lautet wie folgt: Deutschland anerkennt und wird in streitiger Weise die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs innerhalb der im Vertrag festgelegten Grenzen respektieren. Es anerkennt, daß seine Unabhängigkeit unübertragbar sein wird, wenigstens ohne Zustimmung des Völkervertrages.

Ein Anhang zu den wirtschaftlichen Bedingungen legt Deutschland die Lieferung folgender Kohlenmengen auf:

a) an Frankreich 7 Millionen Tonnen während 10 Jahren, außerhalb der Lieferungen, welche dem Normal-Jahres-Betrag der Förderung der Minen in den Departements du Nord und Pas de Calais entsprechen. Die Lieferungen werden 20 Millionen Tonnen jährlich und 8 Millionen Tonnen während der fünf folgenden Jahre nach dem festgelegten Zeitraum nicht übersteigen können.

b) an Belgien 8 Millionen Tonnen während der Dauer von 10 Jahren;

c) an Italien 4½ bis 8½ Millionen Tonnen jährlich und zwar innerhalb einer festgelegten Steigerung. Der Kohlenpreis wird in keinem Falle den Preis der englischen Kohle übersteigen dürfen.

Zu erwähnen sind ferner die besonderen Bestimmungen, welche von Deutschland die Zurückgabe einer ganzen Reihe von Tropfen, Gegenständen von nicht so wichtigem Werte und Kunstgegenstände vorseht. Deutschland wird nicht allein die Fahnen an Frankreich zurückgeben müssen, die es im Jahre 1870/71 verlor, sondern auch alle diejenigen, die es im Laufe des Weltkrieges verloren hat, sowie eine Menge von kostbaren Gegenständen und Dokumenten. Es muß sich verpflichten, der Universität Löwen, deren prachtvolle Bibliothek im August 1914 zerstört wurde, die Bücher und Sammlungen zurückzugeben. Deutschland wird Belgien weiterhin zwei wertvolle Kunstwerke von Van Dyck und Bouss zurückgeben müssen. Es hat ferner dem König von Hedschas das Originalgemälde des Koran zurückzugeben, das in Medina von den Türken erbeutet und Kaiser Wilhelm zum Geschenk gemacht worden war, ebenfalls den Sabel des Sultans Nafau, der von Afrika nach Deutschland gebracht worden ist.

Die Formlichkeit der Unterzeichnung.

Verfaßt. Für die Feierlichkeiten der Unterzeichnung werden bestimmt drei Regimenter Kavallerie und fünf Regimenter Infanterie, die den Ordnungsdienst in der Umgebung des Schlosses und in der Stadt besorgen. Die Ehrenbewehrungen erfolgen durch republikanische Gassen im Paradezug. Die Mannschaften werden an der Ehrentreppe aufgestellt, die die Bevollmächtigten benutzen. Die deutschen Bevollmächtigten treten durch den Park, die anderen durch den Ehrenhof. Die Herrichtung des Spiegelsaal ist beendet. In der Mitte steht ein Tisch in Stufenform, im Innenraum ein Brantisch aus Korkholz, worauf der Vertrag unterzeichnet werden soll. Die Bevollmächtigten werden alphabetisch nach ihren Ländern aufgestellt, jeder unterzeichnet neben dem Siegel seines Landes. Da man über 100 Vertreter hat, nimmt man eine zweifelhafte Dauer an. Es ist Tagesanbruch vorgeschrieben, keine Diplomatenruhe.

Berlin. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die von einem Berliner Blatt gebrachte Meldung aus Kopenhagen, daß Graf Brodorski-Rankau wieder die Leitung der deutschen auswärtigen Politik übernehmen werde, unzutreffend. Graf Brodorski-Rankau wird, wie wir hören, zunächst einige Zeit zu seiner Erholung auf dem Lande zubringen. Auch der hochberühmte Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Simons, auf dessen Schultern in Versailles ein großer Teil der Last der Abfassung der deutschen Noten und überhaupt der Verhandlungsgeschäfte lag, hat, wie wir hören, seinen Abschied eingereicht und demüßigt erhalten.

Ein Schreiben des Reichspräsidenten an Scheidemann.

M. Berlin, 24. Juni. Reichspräsident Ebert richtete an Scheidemann ein Schreiben, in dem es heißt: „Lieber Scheidemann! Die durch die Gewalt der Verhältnisse herbeigeführte Demission des Kabinetts hat unsere gemeinsame Arbeit an der Spitze des Reiches jetzt unterbrochen. Nachdem wir Schuler an Schuler während des ganzen Krieges gegen die Gewalttätigkeiten des alten Regimes bis zu dessen endlichen Sturz gekämpft haben und die stürmischen Zeiten der Novembertage des vorigen Jahres und die nicht weniger unruhige Periode des Koalitionskabinetts mit dem Zweifrontenkrieg nach rechts und links durchgemacht haben, zwingt uns jetzt die harte Faust des Siegers, unsere Wege zu trennen. Ich brauche nicht auszudrücken, wie nahe mir diese Trennung geht. Dagegen möchte ich nicht veräumen, Dir neben dem persönlichen Dank für die treue Genossenschaft dieser Zeiten auch als Reichspräsident offiziell aufzuwachen für all das, was Du in diesen Jahren und besonders in der Zeit unserer gemeinsamen Regierungstätigkeit für das Wohl des Vaterlandes geleistet hast. Ich wünsche Dir und uns allen, daß Du in Deiner Eigenschaft als Parlamentarier und Führer der größten politischen Partei Deutschlands in Kraft und Gesundheit wirken möchtest an dem für mich und für alle, die unser Vaterland kennen, unzweifelhaften Aufschwung Deutschlands.“

Die Zahl der in der Scapa-Bucht vertriehenen deutschen Schiffe.

Nach Ziffer 23 der Waffenstillstandsbedingungen (Internierung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder in den Häfen der verbündeten Mächte) sind fernerzert von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht worden: „Bayern“, „Kronprinz Albert“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „Friedrich der Große“, „König Albert“, „Kaiserin“, „Kaiser“, „Prinzregent Luitpold“, „Hindenburg“, „Derfflinger“, „Seidlitz“, „Moltke“, „von der Tann“, „Brunner“, „Bremen“, „Rön“, „Dresden“, „Amber“, „Frankfurt“, „Bliesbaden“, 50 modernste Zerstörer. Die Abfahrt mußte bis zum 18. November, 8 Uhr vormittags, erfolgen. Die Schiffe sollten mit reduzierter Besatzung fahren und ohne Munition.

Am 22. November 1918 wurden übergeben: 9 Schlachtschiffe, 5 Schlachtkreuzer, 7 leichte Kreuzer und 50 Zerstörer. An der vereinbarten Zahl fehlten somit zunächst 1 Schlachtschiff, 1 Schlachtkreuzer und 1 leichter Kreuzer, die später übergeben sind. Ein leichter Kreuzer stieß bei der Fahrt über die Nordsee auf eine Mine und sank.

Ob später noch Veränderungen in der Zahl und Zusammenstellung der Schiffe stattgefunden haben, läßt sich einstweilen nicht übersehen. Jedenfalls ist soviel sicher, daß unsere besten und modernsten Schiffe nicht den Gegnern in die Hand gefallen sind, sondern auf dem Meeresgrund ruhen.

M. Amsterdam. Reuter meldet aus London, es verlautet, daß Konteradmiral v. Reuter die volle Verantwortung für die Verletzung der Schiffschiffe übernimmt, und zwar aus Grund des vom früheren deutschen Kaiser im Jahre 1914 gegebenen Befehls, daß Schiffe niemals in Feindeshand fallen dürfen.

M. London, 23. Juni. Etwa 1800 deutsche Offiziere und Mannschaften befinden sich im Zusammenhang mit der Verletzung der deutschen Flotte auf dem Wege nach einem internationalen Ort.

M. Amsterdam, 23. Juni. Dem „Telegraaf“ zufolge melden die „Times“ aus New York: Die Vernichtung der deutschen Flotte in der Scapa-Bucht am Vorabend des Friedens habe in Amerika

einen höchst unangenehmen Eindruck gemacht. Die Entrüstung darüber sei allgemein.

London. Die in Scapa Flow internierten deutschen Flotten umfassen 19 modernen Einheiten, darunter fünf Schlachtschiffe, neun Panzerkreuzer, sieben leichte Kreuzer und 49 Zerstörer der neuesten Klasse. Die größten Schiffe wie „Hindenburg“ und „Derfflinger“ verdrängen 18 000 bis 23 000 Tonnen.

London. Die englische Presse äußert sich nur kurz zu dem Untergang der deutschen Schiffe, die sie den „Selbstmord der deutschen Flotte“ nennen, zeigen aber darüber weiter keine Ungeduld. Sie lassen durchblicken, daß es sich um ein Ereignis handelt, das sich hätte voraussehen und vermeiden lassen, aber sie sehen auch niemand, den sie tadeln können. „Suday Express“ schreibt, daß die Verletzung der deutschen Flotte keinen Nutzen bringen wird. Wohl aber könnte sie zu Schwierigkeiten im Völkervertrag führen. Es ist klar, daß Großbritannien, dessen Ueberlegenheit zur See gewaltig ist, nichts verliert. Aber verschiedene Allierten wären glücklicherweise, wenn sie auf Kosten Deutschlands einige ihrer während des Krieges untergegangenen Schiffe hätten erhalten können und für sie handelt es sich um einen schmerzlichen Verlust.

M. Paris, 24. Juni. Der „Antragsagent“ veröffentlicht eine Depesche, wonach die „Boden“ 18 Stunden nach der Verletzung der deutschen Schiffe in die Luft geflogen sei.

M. Amsterdam, 24. Juni. Dem „Telegraaf“ zufolge melden die „Times“, daß Konteradmiral v. Reuter wegen Verletzung der Bestimmungen des Waffenstillstands, betreffend die internierten deutschen Schiffe, vor ein Kriegsgericht gestellt werde. Der Minister in Paris wird den Termin für den Prozess festsetzen. Die weiteren Meldungen geht hervor, daß die deutschen Führer für die Verletzung der Schiffe den Augenblick wählten, wo eine große Anzahl britischer Kriegsschiffe zu Übungszwecken in See gegangen war.

Berlin, 23. Juni. Der deutschen Marinebehörde ist es zur Stunde noch keineswegs amtlich bekannt, daß die Verletzung unserer in der Scapa Flow-Bucht internierten Flotte zugegangen. Das Reichsmarineamt ist lediglich auf die von Reuter wiedergegebene Darstellung und auf Privatmeldungen angewiesen. In sachverständigen Kreisen nimmt man an, daß Hebungsarbeiten unmöglich sein werden. Es ist als sicher anzunehmen, daß die gesunkenen Schiffe durch die Flut und die Strömungen in sehr kurzer Zeit so gründlich zerstört werden, daß eine Reparatur oder gar ein Wiederanfliegen der Schiffe als aussichtslos erscheint. Zudem würden die Engländer bis zum Eintritt des Herbstes, der bei den Orkney-Inseln starke Stürme zu bringen pflegt, kaum mit den Hebungsarbeiten fertig sein. Es dürfte, abgesehen von einzelnen Schiffen, die an besonders günstigen Stellen liegen und da den Zerfall hören, nichts anderes übrig bleiben, als die Schlachtschiffe und Kreuzer zu sprengen. Der Wert der verletzten Flotte wird amtlich auf 1300 Millionen geschätzt. Die Verletzung ist offenbar von den Engländern erst sehr spät bemerkt worden, denn bei der glänzenden Konstruktion der deutschen Schiffe hätten sonst die Engländer mehr Schiffe retten können, als dies der Fall gewesen ist. Auch von den auf Strand gefahrenen leichten Kreuzern wird sich nur ein Teil retten lassen, denn die Küste der Orkney-Inseln besteht aus Felsen und Klippen, so daß jede Flut und jede Ebbe die Schiffe zu den Felsen schleudern und schließlich den Kiel aufreißen muß. In ganzen sind rund 500 000 Tonnen Schiffsraum verlornt worden. Die deutschen Schiffe standen unter dem Oberbefehl des Konteradmirals Reuter. Die auf den internierten Kriegsschiffen befindliche Mannschaft zählte insgesamt 4000 Mann. Da noch am Samstag im Kieler Hafen etwa 1000 Mann abgeladener Mannschaften die Besatzung eintrafen, können sich auf den Schiffen insgesamt etwa 3000 Mann befunden haben. Leider die Zahl der bei der Verletzung der Boote Getöteten und Verwundeten liegen Nachrichten noch nicht vor.

M. Berlin, 24. Juni. In hiesigen Marinekreisen wird wiederholt berichtet, daß in Berlin von der Verletzung der deutschen Schiffe in Scapa Flow nichts bekannt gewesen sei. Die Verletzung ist wieder auf einen kommunikativen Fehlschlag zurückzuführen, der ist eine Tat der Verwirrung. Sie konnte nur durchgefallen werden nach längerer genauer Vorbereitung und der völligen Einvernehmen zwischen Mannschaften und Offizieren, da gleichzeitig mit den Verletzungsarbeiten die Boote zur Rettung der Besatzung herangefahren werden mußten. Es muß also ein vollständiger Fehlschlag vorgefallen haben. Es handelt sich offenbar um ein Tat aus dem Gefühl nationaler Würde und militärischer Ehre. Wenn sich unter den Mannschaften frühere Mysterien befunden haben, so ist ihr Einverständnis mit der Tat wohl darauf zu erklären, daß sie enttäuscht gewesen sind, daß von einer Verbrüderung mit der englischen Flotte nichts zu spüren war. Ein rechtlicher Grund für die Engländer, die Besatzung zu beschaffen, liegt nicht vor.

Aus Stadt, Kreis und Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Hochheim. Sport und Spiel. Der erste Hochheimer Fußballklub Alemannia geg. 1907 wird, wie uns gefachredet wird, zunächst wieder in Wettspielen an die Öffentlichkeit treten. Anfang des Krieges wurde genannter Verein, der am hiesigen Platze viel Anhänger hat, und sich auch in der Umgebung eines guten Rufes und großen Ansehens erfreute, seinen Spielbetrieb einstellen. Die sämtliche aktiven Spieler zu den Waffen eingezogen waren. Jetzt ist es dem Verein gelungen, wieder zwei spielfähige Mannschaften aufzustellen, die aus jungen Kräften zusammengesetzt schon seit einiger Zeit eifrig üben und in sportlicher Hinsicht etwas erwarten lassen.

Hochheim. Die Traubenblüte hat sich schnell vollzogen und kann durchweg als beendet betrachtet werden. Ein besserer, gleichmäßiger Verlauf derselben ist seit Jahren nicht zu verzeichnen. Die Aussichten für eine gute Weinernte haben sich dadurch nicht bedeutend erhöht. Urteile über den Umfang der Ernte sind jedoch noch vorzühalt, da die Trauben bis zur Weinlese noch vielen Gefahren ausgesetzt sind.

Bleibich.

Die nach der tropischen Hitze so urplötzlich eingetretene kühle Abkühlung in der Temperatur ist auf gewaltige Gewitterregen zurückzuführen, die in weiten Gebieten Deutschlands namentlich auch im Gebiet des Oberrheins niedergegangen sind. Daß die große Trockenheit, wie sie bei uns jetzt schon viele Wochen lang herrschte, durchaus nicht auch im übrigen Deutschland allenthalben vorherrscht, beweist schon der anhaltend gute Wasserstand unserer Flüsse. Tatsächlich liegt gerade unsere Gegend wie ein trockener Insel seit vielen Wochen ohne jeden nennenswerten Regen da. Ein Trost mag es wenigstens für uns sein, daß die Dürre, die unsere Ernährung schwer gefährden müßte, nicht überall in gleichem Maße in Deutschland herrscht.

Lebensmüde. Ein junges Mädchen wollte sich am Freitagabend in der Nähe des hiesigen Schlosses in den Rhein stürzen und seinem Leben ein frühzeitiges Ziel setzen. Es wurde aber noch im letzten Augenblick durch junge Leute davon verhindert und dann zu seiner eigenen Sicherheit der hiesigen Polizei übergeben. Der Grund zur Tat scheint in schlechter häuslicher Behandlung zu suchen sein.

Bessern brachte uns der Himmel endlich wieder etwas Regen. Der stetenweise mit Hagelschlag vermischt war. Leider war das seltsame Raß so tödlich bemessen, daß es für die ausgetrockneten Flächen noch wenig Wirkung hat. Hoffentlich bringt uns der nun einmal eingetretene Witterungswechsel endlich Niederschläge in gewöhnlicher Menge, wenn anders wir in unserer Gegend nicht eine schwere Misere zu befürchten sollen.

Wer ist der Tote? Während erst vor einigen Tagen in Deirich die Leiche des in Biebrich ertrunkenen Schwelgers Schell vom Hof Steinheim gelandet wurde, ist am Montag früh nachmittags im Rhein schon wieder eine bislang noch unbekannte, vollständig unbefindliche männliche Leiche gefunden worden. Es handelt sich um einen etwa 30-40 Jahre alten Mann von kräftiger Statur, 1,70 Meter groß, mit kurzgehauchten schwarzen, schütternden Haaren. Besondere Kennzeichen: Viele Operationsnarben, wahrscheinlich aus Granatplitterverletzungen herrührend. In der rechten Hand hielt der Tote eine Brille.

Tödlisch verunglückt. Im Wiesbadener Krankenhaus
am vergangenen Freitag auf der Eisenbahnstrecke Chaussee-
Bismarck zu Schaden gekommene Schaffnerin Hilda aus
Bismarck, Vater von fünf Kindern, seinen Verletzungen erlegen.
Ernährungsgemeinschaft im Landkreis Wies-
baden. Die Kreisverwaltung des Landkreises Wiesbaden hatte
am Freitag eine Verammlung von Erzeugern und Verbraucher-
n aus dem Kreise einberufen, um über verschiedene Fragen der Er-
nährungswirtschaft im Landkreis zu beraten. Es handelte sich vor
allem um die Frage, ob die Selbstbewirtschaftung des Kreises
mit Bezug auf Brot ausreicht erhalten werden soll, das heißt, ob der
Kreis selbst seinen Brotgetreide selbst vermahlen oder daselbst
an die Reichsgetreidestelle abliefern soll, die dann dem Kreise das
Brot liefert. Die Versammlung hielt das letztere Verfahren für
das beste, jedoch sei bei der Selbstbewirtschaftung des Kreises
keine längere Debatte entspannen, da die Kontrolle zur
Erfassung des Getreides. Die Landwirte sind Gegner der selbststän-
digen Kontrolle durch Kontrollen hinter der Maschine beim Dresch,
weil auch die Kreisverwaltung diese aufzuheben geneigt ist. Von
seiner der Landwirte wurde u. a. die Einführung der Dreimalshin-
der als Kontrollorgane verlangt, wogegen man sich aber auf
Verbraucherseite sträubt.

Bermittlungsausschuss. Die bei der Rückkehr
unserer Kriegsgefangenen sich bietende Gelegenheit, über das Schick-
sal unserer Vermissten weitgehende Aufklärung zu erhalten, soll
am Kriegsministerium in folgender Weise ausgenutzt werden: In
den Durchgangslagern, welche die Kriegsgefangenen beim Eintreffen
in der Heimat passieren müssen, erhält jeder Kriegsgefangene eine
Liste der Vermissten seines Truppendienstes mit Angehörigenadressen.
Auf Grund dieser Listen sollen die Zurückgekehrten in den Durch-
gangslagern Angaben über das Schicksal ihrer Kameraden machen.
Jeder erhält seine Liste auch beim Verlassen des Durchgangslagers,
am auch später noch weitere Angaben machen zu können. Das
Kriegsministerium kann diese Listen nicht vollständig aufstellen, da
teilweise die Angehörigenadressen fehlen und noch Truppenmel-
dungen ausstehen. Es muß daher die Hilfe der Angehörigen in
Anspruch nehmen und bittet jeden, der bisher ohne irgend eine Nach-
richt über einen vermischten Heeresangehörigen ist, um sofortige
Mitteilung einer einfachen Postkarte (keine Briefe oder Listen)
mit folgendem Inhalt: Anschrift: An das Zentral-Nachweis-
büro des Kriegsministeriums, Berlin N. W. 7, Dorotheenstraße 48.
Angabe der Adresse des Absenders. Rückseite: Angabe des Trup-
pendienstes, der Kompanie usw., des Dienstgrades, Namens, Vor-
namens, Geburtsortes und Geburtsjahres des Vermissten und Tag
und Ort des Vermischens (deutsche Schrift, ohne weitere Fußnote).
Sämtliche Nachforschungen durch das Zentral-Nachweis-Büro er-
folgen kostenlos.

Mitteilung des Rheingauer Weinbauver-
eins. An die Herren Weingutsbesitzer und Winzer! Trotz des
kalten Winters tritt der Heurwerb mehr auf als man erwarten hat.
Nach Untersuchungen ist es meistens die Naude des betrunkenen
Frauenmieders. Es ist demzufolge bei alledem nicht auszu-
schließen, daß wir trotz des kalten Winters mit dem Ausbruch des Sauer-
garnes allen Ernstes rechnen müssen. Ferner empfehlen wir, den
Heurwerb zu bekämpfen, dort wo derselbe stark auftritt und zwar
durch Sammeln und Verbrennen der Käfer und Widel. Den-
jenigen, welche ihre Weinberge noch nicht gespritzt haben, raten
wir, damit nicht länger zu warten, denn bei einem Witterungs-
sturz und langandauerndem, feuchtem Wetter ist mit Verwesung
und Dürre zu rechnen. Auch halte man die Weinberge unfrucht-
bar, da erfahrungsgemäß in solchen Weinbergen infolge größerer
Fäulnisbildung die Verwesung am raschesten auftritt. Geisenheim,
den 20. Juni 1919. A. A. Schilling, Obst- und Weinbauinspektor.
Vom Reichsministerium wird bestätigt, daß zum weiteren
Aufbau der Maßnahmen gegen Steuerflucht be-
schlossen ist, für die bedrohten Gebiete eine Auskunftsstelle der
Fiskus zu errichten. Den Antrag Witten, der die Ausdehnung
für das ganze Reich verlangen wollte, hält das Reichsfinanz-
ministerium nicht für zweckmäßig. Die Banken in den besetzten
Gebieten werden veranlaßt werden, Aufstellungen über Depots an
Wertpapieren, Geld und Wertgegenständen einzuführen.

Wiesbaden. Wegen Ruppel und gewerkschaftlicher Unzucht
wurde die Frau A. B. geb. S. aus Biebrich, deren Mann im Felde
gefallen ist, vom Schöffengericht in eine Gefängnisstrafe von
14 Tagen und in eine Haftstrafe von gleicher Dauer genommen.
Schwurgericht. Zu Anfang dieses Jahres schon fahien
die Anklagen des Wiesbadener Gerichtes gegen den Mann der
Verführung sämtlicher Gefangenen sowie der Blünderung der Kasse
im Porzellanraum. Im Einzelnen wurde verurteilt, daß zunächst
an der Zelle 70, deren Anklagen aus einer Anzahl von Schwerver-
brechen bestanden, mittels Lösung der Anklagen die Tür geöffnet,
daß an einem Tage, an dem nach der Gefängnisordnung statt der
gewöhnlichen 3 Aufwachposten deren nur zwei anwesend waren, zur
Regelung der Beamten, welcher in der Abteilung Dienst hatte, wäh-
rend er an der Stechbür beschlagnahmt war, überfallen, gefesselt, ge-
schlagen und dann die sämtlichen Gefängnisinsassen befreit werden
sollten. Der Plan geriet auch in seinem ersten Teile nach Wunsch.
Da dem Augenblick, als der Aufseher Klein die Zelle passiert hatte,
am späten Abend des 4. April, wurde er durch Lieberwärtigen einer
Tode bewältigt, gefesselt, gefesselt und die Gefangenen Jakob
Wagenbach aus Ellar bei Limburg, Wilhelm Jenz und Jakob Raab
aus Wiesbaden, welche zunächst in Aktion getreten waren, befreit
sich auf dem Wege zur Zentrale, um von dort aus das Haupttor zu
öffnen, da wurden sie des Aufsehers Hofmann anständig, welcher
keinen Revolver in der Hand, ihnen den Austritt verweigerte. Sie
gingen sich in den Gefängnishof zurück und verließen von dort die
Wasser nach der Albrechtsstraße zu überfallen; inzwischen jedoch
war schon ein erhebliches Schutzmännchen-Aufgebot an Ort und Stelle
erschienen und endlich konnten die drei Leute überwältigt werden.
Montag erschienen sie vor dem Schwurgericht unter der Anklage der
gemeinen Meuterei. Das Gericht belegte, entsprechend dem Antrag
des Staatsanwalts, Wagenbach mit zwei, Jenz mit 1½ und Raab
mit einem Jahre Zuchthaus. Die Verhandlung nahm reichlich acht
Stunden in Anspruch.

Die Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen,
gibt bekannt: Da im Gebiete desormaligen Herzogtums Nassau
eine organische Verbindung zwischen Schulum und dem Kirchen-
dienst des Lehrers nach dem jetzigen Rechtszustande nicht besteht,
bei der Schulaufsichtsbehörde als solche keine Veranlassung mehr,
die sogenannte Leichenbegleitung durch Lehrer und Schul-
inspektoren, die als kirchliche Dienstleistung anzusehen ist, weiterhin als
Dienstpflicht zu fordern. Freiwillige Leichenbegleitung darf nicht
in die Schulpflichten fallen.

Schwurgericht. Die Verhandlung wider Julius
Dammeyer aus Oberhessen wegen Totschlags mußte abgebrochen
werden, weil weder Verteidigung noch Zeugen erschienen waren
und sich durch telephonische Anfrage ergab, daß ihnen die rechtzei-
tig von hier abgegangenen Vorladungen bis heute noch nicht zu-
geschickt sind. Wenn es sich ermöglichen läßt, findet die Verhand-
lung mit Rücksicht auf den Angeklagten, der sich seit dem Septem-
ber vorigen Jahres in Untersuchungshaft befindet, noch im Laufe
der diesjährigen Schwurgerichtssitzung, und zwar am nächsten
Samstag, statt. Am 18. Juni ist inzwischen noch eine weitere An-
klage spruchfertig geworden, deren Verhandlung am Freitag in Aus-
sicht steht. In Frage kommt dabei ein Mordverbrechen, dessen
Tatorte aus Niederwalluf, Johann Fischer und Heinrich König,
beschuldigt sind. Ob die für Mittwoch angelegte Mordklage gegen
einen Mann aus Holzhausen vor der Haide verhandelt werden
kann, muß nach der heute gemachten Erfahrung fraglich erscheinen.

Die Nassauische Kruppversorgungs- im neuen Heim.
Als äußeren Abschluß der bereits erfolgten Verlegung der Anstalt
am Samstag nachmittag der Einzug der in der Zwischenzeit
im städtischen Krankenhaus untergebracht gewesenen Pflanzlinge ins
neue Heim statt. Das Heim ist ein Ostrmannsche Villa in der
Waldrieder Straße inmitten eines großen schönen Parks gelegen,
entwurzelt über große helle und gesunde Räume, die neuesten Stroh-
apparate und sonstigen sanitären und hygienischen Einrichtungen,
Wasser und Luft, Höhenformenbelichtung, sowie Spiel- und Rasen-
plätze. Der leitende Anstaltsarzt Herr Dr. Burdack hielt eine An-
rede, in der er die gemeinsame Tätigkeit des Vereines seit seinem
Bestehen eingehend schilderte. Danach waren es im ersten Ge-
schäftsjahr 1910 schon 54 Pflanzlinge. Die Anmeldungen oder
Anfragen stiegen, und zwar nicht nur aus Wiesbaden, sondern auch
aus allen angrenzenden und weiterer Umgebung so sehr, daß im Jahre 1918
die Zahl derselben auf 109 angewachsen war. Im Laufe des Jahres
wurde das Kruppheim für unsere verwundeten Feldgrauen dienst-
lich gemacht werden, während welcher Zeit die Pflanzlinge in einem

von einer wohnhaften Familie zur Verfügung gestellten Haus auf
der Bierfabrik Höhe Unterkunft fanden.

Nassauisches Landestheater. Schiele Englerth
verläßt uns vorläufig noch nicht, wie vielfach im Publikum irrtüm-
licherweise angenommen wird. Die Künstlerin ist vielmehr noch bis
Herbst 1920 für die hiesige Bühne verpflichtet und darüber hinaus
sind noch keine Entschcheidungen getroffen.

Schießfeld. In die Gefahr des Ertrinkens geriet im Strand-
bad am Samstag ein Soldat der französischen Besatzung, der, ob-
wohl er des Schwimmens unfähig war, sich vom Sprungbrett aus
ins Wasser stürzte und erst nach einiger Zeit wieder auftauchte.
Der Badewärter im Verein mit mehreren Badegästen schafften
den Besonnenen ans Land, wo er mit großer Mühe wieder
ins Leben zurückgerufen werden konnte. — Das Motorboot „Sep-
pelin“ wurde am Sonntag von der französischen Besatzungsbehörde
beschlagnahmt.

Frankfurt. Die Firma Leopold Cassella u. Co., die in Inter-
essengemeinschaft mit den höchsten Nordwerken steht, erhöht die Ver-
kaufspreise für sämtliche Farberzeugnisse infolge Rohstoffmangels
um 50 Prozent ab 20. d. Mts.

Frankfurt. Unter der Mitwirkung des Lehrervereins wurde
hier ein Kriegs-Belehrungsseminar ins Leben gerufen. In diesem wer-
den Gymnasialabsolventen, Studenten usw., die wegen der Wehr-
pflicht der akademischen Berufe sich dem Volksschullehrerberuf
widmen wollen, von Volks- und Mittelschullehrern praktisch und
theoretisch ausgebildet. Die Ausbildungszeit währt etwa 1½ bis
2½ Jahre. An dem Frankfurter Lehrgang, der besonders für den
Unterricht an städtischen Schulen vorbereiten soll, beteiligen sich zur
Zeit etwa 60 Herren. Auch an dem Provinzial-Lehrerseminar sind
zahlreiche Neben- bzw. Kriegskurse eingerichtet, sodaß in kurzer
Zeit dem jetzt herrschenden Lehrermangel ein außerordentlicher
Belehrungsbeitrag folgen dürfte.

Durch die Errichtung von Schiffbrücken auf dem Unter-
main erleidet die Kohlenzufuhr nach Frankfurt derartige Ver-
zögerungen, daß der Kohlenbedarf der Stadt die schwersten
Gefahren drohen. Die Gas- und Elektrizitätswerke verfügen nur
noch über sehr geringe Vorräte, infolgedessen trat von Freitag an
wieder die verschärfte Gasperre ein. Auch die Straßenbahn
schränkte ihren Betrieb wieder ein. An die Hausbrandversorgung
ist vorläufig gar nicht zu denken.

Frankfurt. In der Kronenstraße, einer Weinstraße, die der Krieg
schon im Samstagabend ein Essen ohne Warten statfinden. Es
kam nicht dazu, denn als mittags die dazu erforderlichen vier Zent-
ner rostigen Ochsenfleischs, Scheinhalbfleischs, entkalktem,
heimlich der Küche zugeführt werden sollten, erschienen zwei Krim-
inalbeamte und beschlagnahmten die Herstellungsstelle.

Bad Homburg s. d. N. Die Stadtverwaltung erbrachte bei
ihren Regelschätzungen im Jahre 1918 die Summe von 30 000
Mark. Andere Städte mußten einen erheblichen Fehlbetrag ver-
büßen. Um den Homburger Regelmäßigkeiten wieder ausreichende
Beihilfe zu geben, übernimmt jetzt die Regier.-Anstalt die
Regelschätzung.

Bad Homburg. Bei den Abrucharbeiten am Saalbau stürzte
am Samstag eine Mauer ein und begrub vier Arbeiter unter sich.
Trotz rascher Hilfe, die Feuerwehr und Sanitätskolonne leisteten,
konnte der Mauer Behrheim aus Kirdorf nur als Leiche unter
den Gesteinsmassen herorgeholt werden. Der zweite Maurer,
Henrici aus Anspach i. T. erlitt einen mehrfachen Schädelbruch
und kam in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus.

Limburg. Die Postenverpflichtungen gewinnen trotz aller Vor-
sichtsmassnahmen in der Umgebung langsam an Ausdehnung.
Neben den Veranlassungen in Eichen und Ely sind neue Posten-
herde jetzt auch in Offheim und Hadamar festgestellt worden. In
Hadamar wurde die Schließung aller Schulen angeordnet, auch die
Fronleichnamspaziergange wurden verboten. Sämtliche Einwohner
müssen sich der Schulpflicht unterziehen.

Monabaur. Von hier wird gemeldet, daß vor einigen Tagen
ein Schmelzmeister mit 485 000 Mark verschwand. Man nimmt an,
daß er ins unbesetzte Gebiet geflohen ist.

Mainz. In der gestrigen nichtöffentlichen Stadtorordneten-
Versammlung wurde Herr Bürgermeister Dr. Süß zum Ober-
bürgermeister der Stadt Mainz gewählt. Von den 39 anwesenden
Stadtorordneten erhielt er 25 Stimmen; Bürgermeister Gündert
erhielt 14 Stimmen.

Nach einer Meldung aus Berlin sollte der Verkehr mit dem
besetzten Gebiet unterbrochen sein. Nach Ermittlungen an den
hiesigen zuständigen Stellen ist über die Unterbrechung
nichts weiter bekannt. In eisenbahntechnischer Hinsicht ist jedenfalls
keine Veränderung eingetreten und der übliche Berufsverkehr zwischen
dem besetzten und unbesetzten Gebiet ist im alten Umfang Montag
morgen noch im Gang gewesen. Auch im Güterverkehr sind keine
Einschränkungen neuer Art zu verzeichnen. Es wäre möglich, daß
der Berliner Rote ein Verbot der Einreise von Einzelpersonen aus
dem unbesetzten Deutschland nach dem besetzten Gebiet zu Grunde
legt. Es kann sich aber in diesem Fall auch nur um eine vorüber-
gehende Maßnahme handeln, so wie die Dinge sich inzwischen po-
litisch entwickelt haben. Eine Rückfrage bei der hiesigen Postver-
waltung hatte das Ergebnis, daß auch in ihrem Bereich keine Verän-
derung oder gar Sperre eingetreten ist. Mit den Berufsreisen Mon-
tag morgen ist auch die Post unbeeinträchtigt zwischen dem besetzten
und unbesetzten Gebiet befördert worden. Die Berliner Meldung
erweist sich damit, wie so manche verkehrspolitische Natur in letzter
Zeit, unrichtig und ist vielmehr eine Verallgemeinerung eines örtlich
beschränkten Vorgehens. Möglicherweise liegt der Meldung auch
der Vorgang zu Grunde, daß im Grenzübergangsbereich zeitweilig
der Fußgänger- und Autoverkehr unterbrochen war. Von einer
Maßnahme, die man als Verkehrsperre bezeichnen könnte, ist hier
jedenfalls nichts bekannt.

Strassburger. Im Dezember und Januar wurden
aus einer Expeditionshalle im Hafen von Ostasienburg der Zentral-
verkaufsgesellschaft in Berlin für 100 000 Mark Zucker ge-
kauft. Die Diebe hatten am Ende der Halle ein Loch gegraben,
Bretter losgelöst und so vom hinteren Teile der aufgestellten Zucker-
säcke auf dem gleichen Wege hinausgedrückt. Sie holten nach Be-
stand der Zucker, den sie mittels Rachen über den Rhein fuhren.
Der gewaltige Diebstahl wurde erst entdeckt, als die vorderen Säcke
verladen waren. Der Fischer Paul Hofmann und der Maurer
Adam Bopp aus Mainz-Rosheim wurden, des Diebstahls verdächtig,
in Untersuchungshaft genommen. Eine Anzahl anderer Personen,
die Beihilfe geleistet haben sollen, ebenso Personen, die von dem
Zucker gekauft, kamen in Untersuchungshaft, wurden aber bald wie-
der entlassen. Hofmann wurde wegen Diebstahls zu 1 Jahr Ge-
fängnis abzüglich 5 Monate Untersuchungshaft, Bopp zu 3 Mo-
naten Gefängnis, die mit der Untersuchungshaft für verübt er-
klärt wurden. Der Kaufmann Gölle wurde wegen Hehlerei zu 6
Monaten und Frau Schweier wegen des gleichen Deliktes zu 3
Monaten Gefängnis verurteilt. Der beteiligte Fuhrmann Haupt
erhielt 1 Woche Gefängnis, die mit der Untersuchungshaft für ver-
übt erklärt wurde. Fünf weitere Angeklagte von Rosheim,
Mainz und Wiesbaden, wurden für nichtschuldig erklärt und freige-
sprochen.

Mainz. Der Wirtschaftsrat Mainz für das besetzte Gebiet er-
läßt eine Bekanntmachung, wonach die französischen Besatzungs-
behörden ersuchen, wozu die bedeutenden Erleichterungen in der Einfuhr
von Gütern und Waren verschiedener Art, besonders der für die
Industrie notwendigen Rohstoffe, mit sofortiger Gültigkeit haben
eintreten lassen.

Weimar. Im hiesigen Kriegsgefangenenlager ging ein eng-
lischer Flugzeug, das sich verirrt hatte, nieder. Die Insassen, zwei
19- bzw. 18-jährige Offiziere, erlitten keine Beschädigung.

Erkämpft.

Roman von Otto Ester.

(38. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

18.

Einige Tage nach der Abreise Marps sahen die Baronin und
Berta am Frühstückstisch und lasen die eingelaufenen Briefe und
Zeitschriften.

Die Baronin leitete jetzt ihren kranken Sohn die Verwal-
tung Hombergs und stand mit den dortigen Beamten in regem
Briefverkehr. Sie gefiel sich in dieser Rolle sehr gut, und seitdem
die Angst vor einem plötzlichen Tode oder einem langweiligen Hin-
schen Alfreds verschwunden war, in welchem Falle Homberg an
Berta fallen würde, war sie aus der Athargie erwacht, in die die
Krankheit Alfreds sie versetzt hatte. Sie hatte sich innerlich schon

wieder aus der Tiefe des Schmerzes emporgearbeitet, wenn sie auch
äußerlich noch die Maske einer sie fast erdrückenden Schmerzenslast
trug.

In Wahrheit war sie wieder ganz die energische, kluge, nach
Reichtum und Macht lüsterne Frau, die sie früher gewesen war, die
vor keinem Mittel zur Erreichung ihrer selbsttätigen Zwecke zur-
rückgedrängte.

Aber diesen Charakter verbarg sie schlaun unter der Maske des
Schmerzes, wodurch sie nicht nur die Welt, sondern vor allem auch
die großdenkende Berta zu täuschen wußte, die in ihr immer noch
die schmerzgebeugte unglückliche Mutter sah, die nur neigebungen
die Last der Geschäfte auf sich nahm.

Berta hatte sich in eine Zeitung vertieft, als ein Ausruf des
Erstaunens der Baronin sie aufsehen ließ.

Doch keine unangenehme Nachricht, liebe Tante? fragte sie.

Rein, entgegnete diese, und ein triumphierendes Lächeln um-
spielte ihre Lippen. Es ist nur eine Bestätigung der Ansicht, die ich
schon längst von dieser geheimnisvollen Frau Mary Marten hatte.
Du erinnerst Dich wohl, daß ich Dich vor ihr warnte? Da, lies
den Brief! Er kommt aus Homberg.

Sie reichte den Brief hinüber und Berta las mit dem größten
Erstaunen folgende Worte:

„Meine gnädigste Baronin! Seit einiger Zeit würdigen Sie
eine amerikanische Dame, die sich Frau Mary Marten nennt,
Ihres Umgangs. Ich war einige Zeit in dem Seebad, wo Sie
sich jetzt aufhalten, und sah mit Erstaunen die Freundschaft zwi-
schen jener Frau und Ihnen. Ich kenne diese Mary Marten von
Berlin aus, wo sie sich mit einem adelichen Herrn, den sie als ihren
Vater bezeichnet, aufhielt. Ich warne Sie vor dieser Abenteuerin,
die sich unter der Maske der Ehrbarkeit an Sie und Ihre Nichte
herandrängt. Das ist kein Umgang für Damen. Vor allem
aber, meine Gnädigste, warne ich Sie, diese Amerikanerin mit
Ihrem Sohn in Verbindung zu bringen. Ich weiß, daß diese
Mary Marten das beabsichtigt, kenne auch deren Beweggründe
und Sie, Frau Baronin, werden sie leicht erraten können,
wenn Sie an den Aufenthalt Ihres Sohnes in Amerika
denken.“

Glauben und vertrauen Sie mir, der sich immer noch nennt
Ihr aufrichtig ergebener Freund
F. v. M.“

Glaube! Du wirklich an diese anonyme Denunziation, liebe
Tante? fragte Berta, indem sie den Brief zurückgab. Mary hat sich
doch wahrhaftig sehr tadellos und taktvoll benommen, so daß ich
sie für eine anständige Frau halte.

Die Baronin lachte spöttlich.

Wenn sie wirklich eine anständige Dame ist, braucht sie sich
nicht mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben. Und dann
— dieses Herandrängen an Alfred!

Aber es war doch ein Zufall, der sie mit Alfred zusammen-
treffen ließ.

Ja, leider — der Zufall kam ihren Plänen zu Hilfe.

Ihren Plänen? Was weißt Du von ihren Plänen?

Nun, mein liebes Kind, nachdem ich diesen Brief erhalten habe,
ist mir alles klar geworden. Ich muß offen mit Dir sprechen. Du
erinnerst Dich doch des Rittmeisters von Meerwart?

Leider ja!

Er ist ein unangenehmer Mensch, ich gebe es zu. Aber er ist
klug und gewandt und infolgedessen zu mächtigen Geschäften, die
man nicht gern selbst besorgt, gut zu gebrauchen. Nun, dieser Brief
ist von ihm.

Dann hat er für mich überhaupt keinen Wert, Tante!

Nicht so vorzeitig, liebes Kind. Trenne einmal die Person von
der Sache! Du weißt, daß Alfred in Amerika war, aber Du weißt
nicht, daß er dort mit einem Mädchen ein Verhältnis angeknüpft
hatte, und daß diese Person ihn seitdem verfolgt, um ihn wieder
in ihre Netze zu ziehen. Verzeih, ich bereite Dir vielleicht Schmerz
mit dieser Mitteilung, aber einmal mußte diese Angelegenheit doch
zwischen uns zur Sprache kommen. Du wirst wohl selbst gemerkt
haben, daß irgendein dunkler Punkt in Alfreds Vergangenheit war,
der ihn oft mühsam machte.

Da — das habe ich allerdings bemerkt, entgegnete Berta tief
atmend. Er selbst hat mir von einer Schuld gesprochen, die er sühnen
mußte.

Von einer wirklichen Schuld kann nicht die Rede sein, sagte
die Baronin rasch, sonst müßte man jeden jungen Mann für einen
Schuldigen halten, der einmal vorübergehend Beziehungen zu einer
leidenschaftlichen Person einginge. Oder bist Du so streng in Deinen
Ansichten, daß Du eine solche „Schuld“ nicht verzeihen könntest?

Das kommt ganz darauf an, wie die Verhältnisse liegen, ent-
gegnete Berta mit einer gewissen stolzen Zurückhaltung.

Nun denn, hier liegen die Verhältnisse so, daß Alfred den so-
setzten Künsten dieser Frau erlag.

Von Koketterie habe ich an Mary Marten aber nichts be-
merkt.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Fälsch. Der Bürgermeister erläßt eine Bekanntmachung, worin
es heißt: In der letzten Zeit sind mehrmals von unbekannter Hand
Plakate angebracht worden, in welchen weibliche Personen des
Umgangs mit französischen Militärpersonen bezichtigt worden sind.
Die Bezirksbehörde hat mit daraufhin mitgeteilt, daß sie der-
artige Handlungen nicht dulde, und daß in allen Fällen gegen die
Täter vorgegangen werden müsse. Auch sei der Eigentümer eines
Hauses für derartige Plakate, die an seinem Hause angebracht wür-
den, verantwortlich. Da die Urheber der Plakate nicht ermittelt
werden konnten, ist über die Stadt eine Geldbuße von 5000 Fran-
ken verhängt worden. Auf meine dem Herrn General persönlich
vorgebrachte Bitte hat er für diesmal von der Bestrafung abge-
sehen, indessen verlangt, daß ähnliche Handlungen nicht nochmals
vorkommen, widrigenfalls die Stadt weit strengere Maßnahmen zu
erwarten hat.

Einen nicht allfälligen Fund machte ein Einwohner in Bir-
maens. Beim Stopfen der Pfeife fand er an seinem Rücken
Tabak, das er sich in einem Zweibrücker Geschäft gekauft hatte,
einen Trauring heraus. Der Mann war eifrig genug, den Fund
der auf dem Umschlag des Rückens verzeichneten Tabakfirma ein-
zuzeigen. Letzter Tage erhielt nun der glückliche Finder neben
einem Dankschreiben ein Paket mit zehn Backen Tabak als Ge-
schent von dem Arbeiter der Firma, dem in der Fabrik der Ring
vom Finger gegliiten und in das Backen mit verpackt worden
war, zugesandt. Auf Grund der Grabierung war es der betref-
fenden Firma eine Beihilfe gewesen, den Verlierer festzustellen.

my Hamburg, 24. Juni. Gestern nachmittag fuhr eine
große Menge die Gleiskontrollenfabrik von
Jahob Hall, wo überlebende Kadaver von Hunden, Katzen usw.
bemerkbar worden waren. Die Menge bemächtigte sich des Fabrik-
tens, misshandelte ihn schwer und warf ihn in die Äster. Nachdem
sich Hall durch Schwimmen gerettet hatte, wurde er aufs neue
schwer misshandelt und schließlich dann in das Rathaus, das die
Menge zu stürmen versuchte. Sicherheitsmannschaften gaben
schließlich blinde Schüsse ab. Nachdem von beiderer Seite die
Verlierer abgegeben worden war, daß gegen Hall die erfor-
derlichen Schritte erfolgen würden, beruhigte und zerstreute sich die
Menge.

Die Lebenshaltung. Es war nicht, schreibt der „Rheinische
Beob.“, feinerzeit auf die schiefste Ernährung des Volkes hinzu-
weisen, nicht nur, um Abhilfe zu verlangen, soweit sie möglich war,
sondern auch, um darzutun, daß dem Volke dieses Hungerlebens
nicht länger zugemutet werden könne, daß es Zeit sei, ein Ende zu
machen. Diese schwere Zeit ist vorüber, es die Lasten mag
nun erwähnt sein. Gerade das, was uns am meisten fehlt, Fett,
ist jetzt reichlich vorhanden und man wird feststellen können, daß jetzt
auch das Brot besser langt, weniger wegen dem Zufuß in Paar-
weisen, als weil durch die Feinbearbeitung weniger Brot gegessen wird.
Knapp ist noch das Fleisch, sehr knapp, auch die Kartoffeln fehlen
in genügender Menge. Auf das Fleisch muß man jetzt, nachdem
Fett da ist, verzichten können, bis es besser wird damit. Statt der
Kartoffeln muß man sich mit Brot und Hülsenfrüchten zu helfen
suchen. Wir dürfen froh sein, daß mit diesem Stand der Sache die
Hungers nach Lebensmitteln zwar nicht ganz aufhört, aber doch die

alten Formen verloren hat. Wir dürfen froh sein, daß die Bettelstrolächer unter den Toren der Landwirte zu Ende ist; für die sowohl, die bettelten, wie die, die angebettelt wurden. Für die Bettenden war es eine Zeit unbedingter Demütigung, für die Landwirte eine Last. Wenn es keinen Rückschlag gibt, dürfen wir konstatieren, daß die Zeiten besser geworden sind.

Zwei statt zwei. Wer den Fernsprecher häufig benutzt, weiß, wie leicht die Zahlen zwei und drei, selbst bei möglichst deutlicher Ansprache, verwechselt werden. Bei der Artillerie wird der besseren Unterscheidung wegen schon seit langem die Zahl zwei wie zwei ausgesprochen; es ist dies eine Sprachform, die unserer Muttersprache durchaus nicht fremd ist, denn es war im Althochdeutsch die weibliche Form von zwei, das in früheren Zeiten nur sächlich gebraucht wurde. Auch im Fernsprecher hat sich die Anwendung von zwei statt zwei an manchen anderen Orten als zweckmäßig erwiesen, und es ist schon vor mehreren Jahren der Versuch gemacht worden, dem zwei das Bürgerrecht zu verschaffen. Leider haben die Bemühungen damals nicht den erwünschten Erfolg gehabt, weshalb hiermit nochmals empfohlen wird, beim Aufruf des Fernsprechers die Form zwei zu gebrauchen, also: zweiundzwanzig, zweiundzwanzig, usw. Nach einiger Übung verschwindet das Gefühl des Ungeübten von selbst.

Buntes Allerlei.

Kabuffen. Ein Zigarrenschmuggler wurde von den Amerikanern als Kabuff gefaßt. Er mußte solange im Gefängnis bleiben, bis er ihm abgenommenen 5000 Zigaretten höchstpersönlich selbst geraucht hat. — Hoffentlich hat der Schmuggler eine nicht allzu schlechte Sorte erwischt, sonst . . .

Niedergang der Sitten. In Berliner Blättern findet man folgende Anzeige: Sonntag im Wilhelmshof, Anhaltstraße 12: Bade- und Frühstücksfest. Eintritt nur im Bade- oder Strandkostüm gestattet. Große Tombola. Preisanzahl. Bräuterei der Badekönigin (schönste Figur) usw. Das in Deutschlands erstem Hotel Da tanzt man in Berlin im Badekostüm und prämiiert die „Schönste“.

23. Juni. Die Geschworenen verurteilten im Prozeß Ledebour sämtliche Schuldfragen. Der Angeklagte Ledebour wurde unter lauten Beifallskundgebungen im Zuhörerraum freigesprochen.

Neustadt (Hals). Der Import französischer Rotweine hat begonnen. Eine kleine Weinhandlung kündigt in der Zeitung das Eintreffen von 30 Kisten französischer Rotweine an.

Die Beförderung des Marktkurses. Die Gewissheit der Friedensunterzeichnung hat in Zürich explosiv gewirkt. Der Marktkurs, der am 19. Juni 20. Juni von 35.— auf 36.50 angezogen hatte, ist am 21. Juni auf 41.50 gestiegen. Auch fast alle übrigen fremden Wechselkurse zeigten eine Steigerung fort.

Die heilsuchtsüchtige Mädchengehildung erklärt in der „Saargemünder Zeitung“ folgende Heiratsanzeige: „Heirat! 117 heilsuchtsüchtige, junge, sehr lebenslustige Damen in Bingen im Alter von 20 bis 30 Jahren suchen, da es ihnen an Herrschaftlichkeit fehlt, auf diesem Wege zwecks baldiger Heirat sich mit solchen (?) in Verbindung zu setzen. Sie wenden an den Heiratsvermittler X. X. in Bingen.“

Neueste Nachrichten.

Ein Aufruf an das deutsche Volk.

23. Juni. Reichspräsident und Reichsregierung richten einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem es heißt: Die Reichsregierung hat mit Zustimmung der Nationalversammlung erklärt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, schweren Herzens, unter dem Druck der rücksichtslossten Gewalt, nur in dem einen Gedanken, unserem wehrlosen Volke neue Kriegesopfer und Hungerqualen zu ersparen. Der Friede ist geschlossen. Nun mahnen und sichern den Frieden. Das erste Erfordernis ist Vertragserfüllung. Jede Anstrengung muß auf die Erfüllung dieses Vertrages gerichtet werden. Soweit er ausführbar ist, muß er ausgeführt werden. Das zweite Erfordernis ist Arbeit. Die Kosten dieses Friedens können wir nur tragen, wenn keine Hand müßig ist. Für jede nicht erfüllte Leistung können die Gegner mit Bismarck, Bismarck oder Bismarck antworten. Wer arbeitet, verteidigt den heimischen Boden. Das dritte Erfordernis heißt Pflichterfüllung. Wie wir trotz aller Gewissensnot auf dem Boden geblieben sind, so muß es jeder einzelne machen. Der Soldat, und zwar Offizier, Unteroffizier und Mann, der Beamte, jeder muß um des Ganzen willen seiner Pflicht treu bleiben auch in diesen bösen Tagen. Man zwingt uns, Deutsche einem fremden Gericht auszuliefern. Wir haben uns bis zum äußersten dagegen gewehrt. Für die tiefe Erbitterung unserer braven Truppen haben wir volles Verständnis. Aber wenn Offizier und Mann jetzt nicht noch fester für die innere Ordnung eintritten helfen, so sichern wir nicht nur ein paar Hundert, sondern Millionen unserer Landsleute aus und zwar der Okkupation, der Annexion und dem Terror. Deutschland muß lebensfähig bleiben. Ohne innere Ordnung keine Arbeit! Ohne Arbeit keine Vertragserfüllung! Ohne Vertragserfüllung kein Friede, sondern Wiederaufnahme des Krieges! Wenn wir nicht alle mitwirken, ist die Unterzeichnung unter dem Vertrage wertlos. Dann kann es keine Erleichterung, keine Revision und kein schließliches Abtragen der ungeheuren Kosten geben. Was heute an Tagen verflucht wird, kann unseren Kindern Jahre der Anarchie kosten. Schon heute

müssen Volk und Regierung an die Arbeit gehen. Es darf keine Pause geben und kein Beiseitegehen. Es gibt nur einen Weg aus der Finsternis dieses Vertrages: Erhaltung von Reich und Volk durch Einheit und Arbeit. Helft uns dazu, Männer und Frauen! Der Reichspräsident: Ebert. Die Reichsregierung: Bauer, Erzberger, Hermann Müller, Dr. David, Dr. Wanner, Wisfoll, Robert Schmidt, Noske, Giesberts, Dr. Bell, Schlichte.

23. Juni. (Morgenblätter.) Laut „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird das preussische Kabinett sein Verbleiben im Amt von der morgigen Aussprache über die Friedensfrage in der preussischen Landesversammlung abhängig machen.

Wie die „Börsen-Zeitung“ hört, beabsichtigt der Chef des Generalstabes, General Gröner, wegen der bedingungslosen Annahme des feindlichen Ultimatums seinen Abschied einzubringen.

Laut „Kreuzzeitung“ gab der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel wegen der Unterzeichnung des Friedensvertrages seine Demission.

Trauertag.

Weimar. Die Deutsch-Nationale Volkspartei hat einen Antrag eingebracht, in welchem die Regierung ersucht wird, den 22. Juni oder den darauffolgenden Sonntag als nationalen Trauertag festzusetzen.

Noske bleibt im Amt.

Weimar. Reichswehrminister Noske hat sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen, nachdem es gelungen war, die Differenzen mit dem Offizierskorps beizulegen. Noske erklärt einen Aufruf an die Reichswehr, in dem er sagt: Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß der Friedensvertrag gemäß dem Wackelangebot der Gegner, dem wir fast wehrlos gegenüberstehen, von der Regierung unterzeichnet wird. Bei dem Kabinett habe ich mich vergeblich für die Nichtunterzeichnung eingesetzt. Ich bin überstimmt worden. In gemeinsamer Tätigkeit haben die Freiwilligenverbände und die Reichswehr sowie die Angehörigen des alten Heeres sich mit mir in den letzten Monaten mit wachsendem Erfolge bemüht, unser Vaterland vor dem Zusammenbruch und dem Chaos zu bewahren. Die Reichsregierung und die Nationalversammlung fordern von uns, daß wir unseren harten Dienst in der schwersten Stunde unseres Vaterlandes zum Wohle unseres Volkes weiter führen. Treue Gefinnung werde ich auch jenen bewahren, die angesichts der Bedingungen des Friedens glauben, ihre weiteren Dienste versagen zu müssen. In der schwersten Stunde, die das deutsche Volk erlebt, appelliere ich an den kameradschaftlichen Geist jeden Führers und jeden Mannes, mir weiter zur Seite zu stehen. Die Not des Vaterlandes verbietet mir, fahnenflüchtig meinen Posten zu verlassen, auf dem ich aber dem Vaterlande nur zu dienen vermag, wenn ich opferwillige Männer wie bisher hingebungsvoll zur Seite habe.

Hindenburgs Glauben an eine bessere Zeit.

Auf die Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes der Stadt Kolberg antwortete der Generalfeldmarschall von Hindenburg mit einer kurzen Dankesrede, in der er mahnte, nicht zu verzagen und dafür Sorge zu tragen, daß das schöne große Deutschland jetzt nicht flüchtig zerstört werde. Seinem Hoch auf die Stadt Kolberg schickte er die Worte voraus: „Mit dem Glauben an eine bessere Zeit gebe ich ins Grab!“

Neue Ausschreitungen in Mannheim.

Mannheim, 24. Juni. Gestern Abend kam es hier wieder zu größeren Ausschreitungen. Auf die Mitteilung der französischen Offiziersabordnung auf dem Rathaus, daß die Stadt eine Stunde nach Ablauf der durch das Ultimatum gestellten Frist befehligt werden würde, wenn sie bis dahin keinen gegenteiligen Befehl erhalten hätte, zog das Freiwilligenbataillon ab, um nicht im Falle einer Befehlsunterbrechung interniert zu werden.

Dabei wurden die Truppen von der angesammelten Menge beschimpft und teilweise angegriffen, so daß sie sich mit der Waffe wehren mußten. Abends war die Ruhe wieder hergestellt. Zwei Personen wurden getötet. Um 8.30 Uhr traf von der Ludwigsbühnen Kommandantur die Nachricht ein, daß die Stadt nicht befehligt werden würde, so daß die Freiwilligentruppen zurückkehren konnten.

Die Verhandlungen über die besetzten rheinischen Gebiete.

Berlin, 24. Juni. Gesandter von Haniel hat heute folgende Note an den Verband abgegeben: Im Auftrag des Reichsministers des Auswärtigen beziehe ich mich, bei den alliierten und assoziierten Regierungen anzufragen, wann die Verhandlungen über ein Abkommen betr. die besetzten rheinischen Gebiete beginnen können. Die Verhandlungen sollen, wenn der Verband zustimmt, gleich nach der Unterzeichnung in Versailles ihren Anfang nehmen. Zu diesen Verhandlungen trifft eine Abordnung aus dem Rheinlande ein, der u. a. Geheimrat Louis Hagen und Abg. Solmann angehören.

Zur Versenkung der deutschen Schiffe in Scapa Flow.

23. Juni. Die Budgetkommission der Kammer sandte einen Ausschuss zum Ministerpräsidenten ab, um ihn zu befragen, ob die Regierung Aufschub geben könne, unter welchen Bedingungen die deutsche Flotte versenkt wurde und welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedachte, um Frankreich vor dem Schaden zu schützen, der ihm durch Zerstörung der Flotte entstehen könnte, da von den Schiffen ein Teil Frankreich zufallen sollte.

24. Juni. (Reuter.) Das Unterhaus ist nach den Pfingstferien wieder zusammengetreten. Walter Long erklärte

Als unbenuzt gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie völlig leer stehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne Härte zugemutet werden kann.

Gemäß § 10 der Bundesratsverordnung vom 23. September 1918 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft:

1. wer dem Verbot des § 1 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
2. wer den Anordnungen des § 2 zuwider vorzüglich die Anzeige oder eine Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder eine Befichtigung nicht gestattet.

Diese Anordnung tritt mit Bekanntmachung in Kraft. Hochheim a. M., den 24. Juni 1919. Der Bürgermeister: R 3 b ä c h e r.

Anzeigen-Teil.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegrafienlinie in der Breitenhaferstraße in Raurod (Lamms) liegt bei dem Postamt in Riedernhausen (Lamms) vom 24. Juni 1919 ab vier Wochen aus.

6 junge Gänse

5 Wochen alt, zu verkaufen. Näheres Fil.-Exp. des Hochh. Stadtanzeigers, Hochheim a. M.

Kleine Wohnung

mit Licht und Wasserleitung in Hochheim von 2 ruhigen Personen gesucht. Näheres Fil.-Exp. des Hochh. Stadtanzeigers, Hochheim a. M.

Fast neue Schülergeige

mit Ba-n und Kasten billig zu verkaufen. Näheres Fil.-Exp. des Hochh. Stadtanzeigers, Hochheim a. M.

Hypothekengeld gesucht

auf schönes Gebäude in Hochheim zur Selbstübernahme. Anzeile unter 356 an die Fil.-Exp. des Hochh. Stadtanzeigers, Hochheim a. M.

Wustnau umsonst bei Schwerhörigkeit

Dieses Mittel, welches über die letzten Jahre bewährt hat, ist ein wirksames Mittel, um Schwerhörigkeit zu heilen. Es ist ein natürliches Mittel, welches aus natürlichen Stoffen besteht. Es ist ein wirksames Mittel, welches über die letzten Jahre bewährt hat. Es ist ein wirksames Mittel, welches über die letzten Jahre bewährt hat.

Über die Versenkung der deutschen Flotte: Admiral v. Reuter hatte den Eindruck, daß das Wackelangebot am 21. Juni mittags abgelaufen sei und hat mündlich den Befehl gegeben, die Flotte zu versenken. Es war dem deutschen Admiral ohne Schwierigkeiten möglich, diesen Befehl weiterzugeben, da er die Erlaubnis hatte, seine eigenen Schiffe zur Aufrechterhaltung der Disziplin zu versenken. Gegenwärtig sind sechs Schlachtschiffe, fünf Panzerkreuzer und ein leichter Kreuzer versenkt. Ein Schlachtschiff ist flott, drei leichte Kreuzer sind auf Strand gesetzt und außerdem sind zwei Zerstörer flott und 18 auf Strand gesetzt. Die Frage der Versenkung für die Versenkung der Schiffe wird jetzt von den Alliierten in Paris erwogen. Es war unmöglich, Vorkehrungen zu treffen, um die Versenkung zu verhindern. Die Schiffe waren interniert und nicht ausgeliefert. Die britische Admiralität hatte deshalb nicht das Recht, Wachmannschaften an Bord zu setzen. (Beifall.) Es ist nicht wahr, daß die Marineoffiziere der britischen Admiralität die Internierung empfohlen hätten; ihre Ansicht war dergeißen klar und bestimmt ausgeprochen; aber die Leiter der alliierten Regierungen hatten sich für die Internierung entschieden. Dies war für die spätere Lage ausschlaggebend und hat die Versenkung der Schiffe unmöglich gemacht.

Letzte Nachrichten.

23. Juni. Der Reichspräsident empfing gestern nachmittags im Schloßhof zu Weimar eine Abordnung des von General Mäcker geführten Landes-Jägerkorps. General Mäcker verlas einen Tagesbefehl, in dem er darauf hinweist, daß die Truppen in dieser schweren Stunde der Empörung über den Friedensvertrag stehen müssen, um in dieser größten Not Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und um die Einheit des Reiches sichern zu helfen. Nachdem dann Reichspräsident Ebert die Abordnung begrüßt hatte, hielt er folgende Ansprache: Soldaten! Sie wissen, was sich gestern ereignet hat. Regierung und Volkvertretung sind jetzt vor eine furchtbare, schicksalsschwere Entscheidung gestellt, die in der Geschichte beispiellos ist. Wir haben uns mit allen Mitteln und aller Kraft gewehrt, die uns nach zu Gebote standen! Aber wir mußten schließlich der brutalen Gewalt der Uebermacht weichen. Zu aussichtsloser Verteidigung gegen diese Gewalt, auch wenn wir es gewollt hätten, fehlen uns die Kräfte. Unter Volk ist jermüht, darüber gibt es keinen Zweifel. Bei Ablehnung wäre nach dem, was uns über die Absichten der rachsüchtigen Gegner bekannt ist, mit Verschärfung der Aushungerung, wenn nicht vollständiger Vernichtung Deutschlands zu rechnen gewesen. Selbstzerstückung und Zerfall des Reiches wären sicher erfolgt. Das darf aber nicht sein. Unser Deutschland muß leben bleiben auch nach dem Furchtbaren, was sich ereignet hat. Das war unser Gedanke, als wir nach schwerem innerem Kampf und mit blutendem Herzen uns zu dem entscheidenden Da entschlossen, und dieser Gedanke muß auch Sie beelen. Deutschland darf nicht zugrunde gehen. Wir können und dürfen trotz alledem an Deutschlands Schicksal nicht verzweifeln. Soldaten! Dienstbereitschaft und Mannesmut unter Ihrem bewährten Führer haben bisher dafür gesorgt, daß Deutschland nicht in den Abgrund der Anarchie gestürzt ist. Ich danke dafür Führer und Mannschaft. Nun müssen Sie das Vaterland auch weiter vor dem Abgrund bewahren. Setzt in der schlimmsten Not dürfen Sie nicht abspringen; jetzt im großen Unglück unseres Vaterlandes gilt es, das Höchste zu leisten. Nur wenn wir uns selbst aufgeben, sind wir verloren. Deshalb heißt es: Die Jähne zusammenbeißeln! Und nochmals das Letzte eingeleitet für die Zukunft Deutschlands. Es ist uns nichts erspart geblieben, dennoch müssen wir auch durch dieses Elend, durch diesen Jammer hindurch, und wir kommen hindurch, wenn wir nicht kleinmütig werden, wenn wir das Vertrauen zu uns selbst nicht verlieren. Das wollen wir uns hier gegenseitig geloben, ich für die Regierung und Sie für sich und für Ihre Kameraden: Unser Vaterland nicht zu verlassen, sondern auszuhalten! Je größer die Not, desto größer die Pflicht. Aus Not und Elend müssen wir uns erheben und nicht verzagen, wollen wir gemeinsam ausrufen: Unser geliebtes Vaterland es lebe hoch, lebe hoch!

23. Juni. Die Berliner Truppenkommandeure im Reichswehrministerium. Am 23. Juni wird gemeldet: Sämtliche höheren Truppenkommandeure und Regimentsführer der Reichswehr, die in Berlin und seiner weiteren Umgebung in Garnison stehen, folgten am Dienstag nachmittag einer Einladung des Reichswehrministers. In längeren Darlegungen gab Reichswehrminister Noske eine Uebersicht über die durch die ausgesetzene Unterzeichnung des Friedens entstandene politische Lage des Reiches. Ein Teil der versammelten Offiziere gab seinem Schmerz darüber Ausdruck, daß mit dem Frieden auch die schändlichen Schmachparagrafen unterzeichnet wurden. Doch gelang es dem Reichswehrminister, sämtliche anwesenden Offiziere davon zu überzeugen, daß es oberste Staatsbürgerliche Pflicht sei, über persönliche Bedenken hinweg dem schwer geprüften Vaterlande weiter zu dienen, um es vor einem Chaos zu bewahren und an dem Wiederaufbau mitzuarbeiten. Oberst von Hahnke betonte gegenüber einer in einem Berliner Blatt veröffentlichten Notiz, daß es ihm nicht eingefallen sei, in der Ansprache an sein Regiment zu Handlungen gegen die Regierung aufzufordern. Ebenso sei es vollständig erfinden, daß General von Lüttich mit verschiedenen politischen Führern wegen Bildung eines neuen Kabinetts Beratung genommen habe. Die Konferenz war eine Vertrauensunterredung und ein voller Erfolg für den Reichswehrminister. Danach sind alle Gerüchte über eine drohende, den Bestand der Reichswehr gefährdende Zersplitterung gänzlich hinfällig.

Die Generalversammlung unserer Genossenschaft hat am 13. Juni ds. Js. die Einführung der beschränkten Haftpflicht beschlossen.

Alle Gläubiger der Genossenschaft, welche mit dieser Umwandlung nicht einverstanden sind, werden hiermit aufgefordert, sich zu melden.

Nach dem gerichtlichen Eintrag wird unsere Genossenschaft heißen:

Vorschußverein,

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Hochheim a. M.

Unser Betrieb wird wie früher weitergeführt. Wir empfehlen uns in:

Spargeldanlagen mit täglicher Verzinsung, Kreditgewährung in ffd. Rechnung gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, Einziehung von Steuergeldern, Wechsel und Schecks, Annahme von Zeissen, An- und Verkauf von Wertpapieren u. dergl.

Vorschuß- u. Kreditverein Hochheim a. M.

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. J. Preis. Barth. Joh. Siegfried. Hirschmann. P. Jos. Schwab. Fr. Alt.

Anzündeholz m. 7.20
Abfallholz m. 5.60
Liefert frei ins Haus
W. Gail Wwe., Blebrich.